

# WARUM WIR «UNSER» LAND NICHT LIEBEN.



# KLASSENSTURZ: DIE SCHWEIZ IM HÄRTETEST!

Am Nationalfeiertag wird die Schweiz unhinterfragt gefeiert – unabhängig davon, was man gerade von ihr hat. Doch wenigstens einmal im Jahr wäre es angebracht, nicht nur die Versicherung, sondern auch die eigene Nation auf den Prüfstand zu stellen: Was gibt es eigentlich am 1. August zu feiern? Was bringt uns die Nation? Viele Schweizer\*innen verbinden mit «ihrer» Nation den hohen Wohlstand. Also schauen wir uns das an: Was haben wir in diesem Jahr überhaupt von unserem Wohlstand?

## Was ist das für ein verrückter Wohlstand?

Kein Mensch denkt bei Wohlstand bloss an die nötigen Dinge für ein gutes Leben. Niemand meint, im Jahr 2015 gäbe es zu wenig Milch, Autos oder Computer. Im Gegenteil: Die meisten Güter werden sogar im Übermass produziert. Viele Schweizer Güter werden nur noch für den Export hergestellt. Es gibt mittlerweile sogar zu viele Güter auf dem Weltmarkt. Es herrscht ein allgemeiner Verdrängungswettbewerb. Es geht darum, besser als *die anderen* zu verkaufen. Und ausgerechnet weil es zu viele Güter gibt, müssen sich die Schweizer\*innen Sorgen machen:

## «Die Anderen können jetzt besser verkaufen, und nehmen uns die Arbeit weg». Na und?

Wenn die ausländischen Produzent\*innen unbedingt arbeiten wollen, dann sollen die das doch machen! – Und wir hätten mehr Freizeit. Aber im Kapitalismus ist es schlimm, wenn die anderen die Arbeit machen! Ausgerechnet die Mühe beim Produzieren lässt man sich nicht gerne wegnehmen. Ausgerechnet die Anstrengung, zu arbeiten, will man möglichst selber haben. Und die anderen sollen arbeitslos werden! Denn auch im Schweizer Kapitalismus geht es nicht darum, die Arbeit so aufzuteilen, dass alle für möglichst wenig Arbeit möglichst viele Konsumgüter haben. Es gibt nicht zu wenige Konsumgüter, sondern die Wirtschaft muss im-

mer mehr Geld verdienen. Dafür wird extra zu viel produziert, damit man mehr Geld *gegen* das Ausland verdienen kann.

Und das geht für die Schweiz bei dem Frankenkurs jetzt nicht mehr so gut. Seitdem die Nationalbank den Mindestkurs für den Franken aufgegeben hat, kann die Schweizer Exportwirtschaft weniger gut verkaufen. Der Frankenschock sitzt tief und es wird allgemein von weniger Wachstum und somit Wohlstand für die Schweizer\*innen ausgegangen. Zum Beispiel: «Auch die Pharma-, Chemie- und Nahrungsmittelindustrie, sonst verlässliche Wachstumstreiber, müssen derzeit mit Exporteinbrüchen umgehen ... Auf Grund der jüngsten KOF-Prognose [gibt es] bis Ende Jahr 40 000 weniger Stellen, als mit dem Mindestkurs zu erwarten wären.» (Bund, 15.06.2015) Trotzdem muss das kapitalistische Geldwachstum weitergehen. Es darf nicht ein bisschen weniger wachsen, und wir machen einfach mal mehr Urlaub. Jede\*r weiss, weil alles von diesem Wachstum abhängt (Arbeitsplätze, AHV), braucht es das auch. Aber nur weil alles von Wachstum abhängig ist, ist das noch keine gute Sache. Alle fragen immer nur, wie man dieses Wachstum erhöhen kann. Und wenn man so fragt, dann wird es notgedrungen zu einer Klassenfrage – in unserer schönen Schweiz.

## Das Geldwachstum ist eine Klassenfrage!

Denn wenn das Geldwachstum steigen muss, dann müssen die grossen Geldbesitzer\*innen (Investorinnen, Kapitalbesitzer) eben mehr Gewinne machen. Denen darf man das Geld, d.h. die Investitionsmittel als Wachstumsmotor, nicht wegnehmen. Also sind vor allem die Lohnabhängigen zu teuer, bzw. die müssen mehr arbeiten und produktiver werden. Im Grunde wird so gesagt: Damit es uns weiterhin gut geht, muss es uns bzw. den Lohnabhängigen erst einmal schlechter gehen. Damit das Wachstum weitergeht, soll die Wirtschaft ihre üblichen Methoden nutzen, die Lohnkosten zu senken. Gesagt, getan: Die Unternehmen kürzen erstens direkt die Löhne (z.B. durch €-Löhne für Grenzgänger\*innen). Sie verlangen zweitens unbezahlte Überstunden. Und sie steigern drittens die Produktivität der Arbeit. Insgesamt geht damit auch in der Schweiz die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander.

## Warum macht die Produktivitätssteigerung die Angestellten ärmer?

Diese Schere geht in der Schweiz vor allem durch die Produktivitätssteigerung auseinander. In Branchen übrigens, in denen die Produktivität der Arbeit nicht so gut gesteigert werden kann, wird die Arbeit durch so genannte «Restrukturierungsmassnahmen» unmittelbar verdichtet. Zum Beispiel bei den Banken; mit dem Resultat: «Fast jeder zweite Banker befürchtet ein Burn-out.» (20 Minuten, 16.06.2015), In anderen Betrieben wird die Produktivität, so gut es geht, erhöht; vor allem durch die Automatisierung in der Produktion. Die Arbeiter\*innen arbeiten also an besseren Maschinen oder Computern, sodass sie mehr Produkte in der gleichen Zeit herstellen. Zum Beispiel der Baukran: Früher einmal mussten vielleicht zwanzig Bauarbeiter\*innen die Steine für eine Hauswand hoch schleppen. Heute reichen ein\*e Kranführer\*in und zwei Leute. Mit einer modernen Automatisierung kann das Unternehmen jetzt mehr Produkte verkaufen. Es hat mehr Gewinn, wenn die Löhne ungefähr gleich bleiben. Die Löhne können dabei sogar etwas steigen. Die Angestellten wiederum stellen jetzt viel mehr Waren her, die ihnen nicht gehören. D.h. der produzierte Reichtum steigt, aber die Teilhabe der Arbeiter\*innen ist nur so hoch, wie sie weiterhin Lohn bekommen. Zurück zum Beispiel: Der/die Kranführer\*in wird sicherlich nicht so viel verdienen wie die zwanzig Bauarbeiter\*innen, die damals die Steine geschleppt haben. Sonst hätte das Bauunternehmen nicht den Baukran angeschafft. Und die ehemaligen Angestellten drängen sich irgendwo anders auf den Arbeitsmarkt oder sind einfach arbeitslos.

## «Aber senken die Unternehmen dann nicht auch die Preise, so dass sich alle wieder mehr leisten können?»

Es kommt drauf an. Das machen die Unternehmen nur, wenn sie damit andere Unternehmen im Preis unterbieten können, und damit Marktanteile der anderen Unternehmen erobern können. Dass also die Konsument\*innen neu beim billigeren Unternehmen einkaufen. Die Folge davon ist, dass bei den anderen Unternehmen, die nicht mehr so gut verkaufen können, mehr Arbeit überflüssig wird, und weniger Lohn gezahlt werden kann, oder es werden sogar Arbeiter\*innen entlassen. Unterm Strich sinkt also die Kaufkraft der Lohnabhängigen. Damit sinkt ihre Teilhabe am gesellschaftlich produzierten Reichtum, während insgesamt die Unternehmen mehr Gewinne machen.

## Welche Folgen hat das für die Angestellten in der Schweiz?

Hier ist die Arbeitslosigkeit noch recht niedrig, und man verdient noch ganz gut. Aber trotzdem ist das nicht mit einem angenehmen Arbeitsleben zu verwechseln, da die Arbeitszeiten hier sehr hoch sind – obwohl die Arbeit enorm produktiv ist. Laut SECO liegt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Schweiz bei 43,9 Stunden, und damit im europäischen Vergleich weit oben. (vgl. SECO, 2005) Allgemein liegt das daran: Auch wenn die Arbeit produktiver wird, wird die Arbeitszeit im Kapitalismus meistens eher verlängert. Die Unternehmen wollen ja auch nicht Arbeit einsparen sondern nur



«Lohnstückkosten». Und wenn die Arbeit pro Stück noch weniger kostet, weil die Arbeit für den Lohn verhältnismässig viel Produkte herstellt, dann lohnt es sich noch mehr, die Arbeiter\*innen länger arbeiten zu lassen. Deswegen sinken auch in der Schweiz die Arbeitszeiten nicht. Insgesamt bekommen die Lohnabhängigen dann immer weniger vom gesellschaftlichen Reichtum ab, und müssen trotzdem insgesamt viel dafür arbeiten. Das ist relative Armut für die Schweizer Lohnabhängigen. Und das Verhältnis zwischen Arm und Reich wird somit immer extremer. Denn je mehr Gewinne die Unternehmen machen, desto eher können sie neue Maschinen anschaffen, und noch mehr Lohnkosten einsparen.

### «Unser Wohlstand»...

... ist sehr einseitig verteilt: Die Unternehmensgewinne müssen immer mehr wachsen; und das auf Kosten der Lohnabhängigen, die für ihren Wohlstand sehr viel arbeiten müssen – so lange sie das noch können.

Unser Wohlstand kommt vor allem zustande, wenn die Schweizer Wirtschaft weiterhin ausländische Betriebe unterbieten kann. So werden mit den nied-

rigen Lohnkosten für die Schweizer Belegschaften ausländische Arbeiter\*innen ärmer und arbeitslos gemacht; und umgekehrt. Deswegen ist der Nationalismus der Arbeiter\*innen weltweit selbstzerstörend. Als national-gesinnte Kampftruppe lassen sie sich gegeneinander ausspielen; und von einer Gewerkschaft vertreten, die jetzt z.B. einen Pakt mit den Arbeitgeber\*innen gegen das Ausland sucht. Aber nur ein internationaler Zusammenschluss der Arbeiter\*innen-Klasse kann den Sachzwang des Geldwachstums überwinden. Nur zusammen können wir für eine Bedarfswirtschaft eintreten, in der endlich die Arbeit den Wohlstand für die Arbeitenden schafft – und nicht für das nationale Geldwachstum; und die Produktivitätssteigerung endlich als Freizeit für alle verbucht wird.

Also lasst es besser sein, diese Nation als eine Schicksalsgemeinschaft aller Schweizer\*innen zu feiern. Tut euch lieber mit den in- und ausländischen Lohnabhängigen zusammen, die wirklich euer Schicksal als Kostenfaktor teilen.

➔ [www.überzeit.ch](http://www.überzeit.ch)

## DEMOKRATIEKRITIK: VOLK UND HERRSCHAFT AUF DEM PRÜFSTAND

Demokratie gilt hierzulande als Höchstwert. Wenn Entscheide demokratisch getroffen werden - oder von Leuten die demokratisch gewählt wurden - dann gehen sie nach allgemeiner Auffassung in Ordnung, unabhängig von ihrem Inhalt. Durchgesetzt hat sich in der westlichen Welt ein Demokratie-Idealismus, der Demokratie über alle Kritik erhebt. Diesen guten Ruf genießt die Demokratie (altgr. Volksherrschaft) nicht nur in bürgerlichen Kreisen, sondern sowohl bei linken Systemkritiker\_innen, die im Einzelnen von *Volk* und *Herrschaft* nicht viel halten; als auch bei Linken, die die *Diktatur des Proletariats*(!) zu- mindest übergangsweise für eine notwendige Sache halten. Wer also Demokratie kritisiert steht nicht nur alleine auf weiter Flur, sondern sofort im Verdacht, ihr angebliches Gegenteil zu wollen: Unterdrückung, Diktatur.

In diesem Text wollen wir uns nichtsdestotrotz etwas an der Demokratie abarbeiten und einige Fakten festhalten, die den guten Glauben an die Herrschaft des Volkes hoffentlich etwas erschüttern mögen:

### Volk...

Das zu einer Volksherrschaft gehörende Volk ist schon ein eigentümlicher Verein. Seine Angehörigen haben *keinen gemeinsamen Inhalt*, verfolgen *kein gemeinsames Interesse*, wie z.B. die Angehörigen von Chüngelizüchter- oder Fussballvereinen. Ein Volk wächst nicht als natürliches Gebilde und es abstrahiert sogar von gemeinsamer Sprache, Kultur und Geschichte – wofür die Schweiz mit ihren vier offiziellen Sprachen, ihrer Kantönlikultur und ihren wechselnden historischen Grenzen ein Paradebeispiel liefert.

Ökonomisch verfolgen Volksangehörige nicht nur keine gemeinsamen, sondern sogar *gegensätzliche Interessen* (Arbeitnehmer\_in-Arbeitgeber\_in, Mieter\_in-Vermieter\_in, Verkäufer\_in Käufer\_in etc.). Mehr noch, die Volksangehörigen konkurrieren oft sogar mit denen, die das gleiche Interesse verfolgen (Konkurrenz unter den Kapitalist\_innen um Kaufkraft und unter den Arbeitnehmer\_innen um Arbeitsplätze etc.).

Wo *gegensätzliche Interessen* dauerhaft bestehen blei-

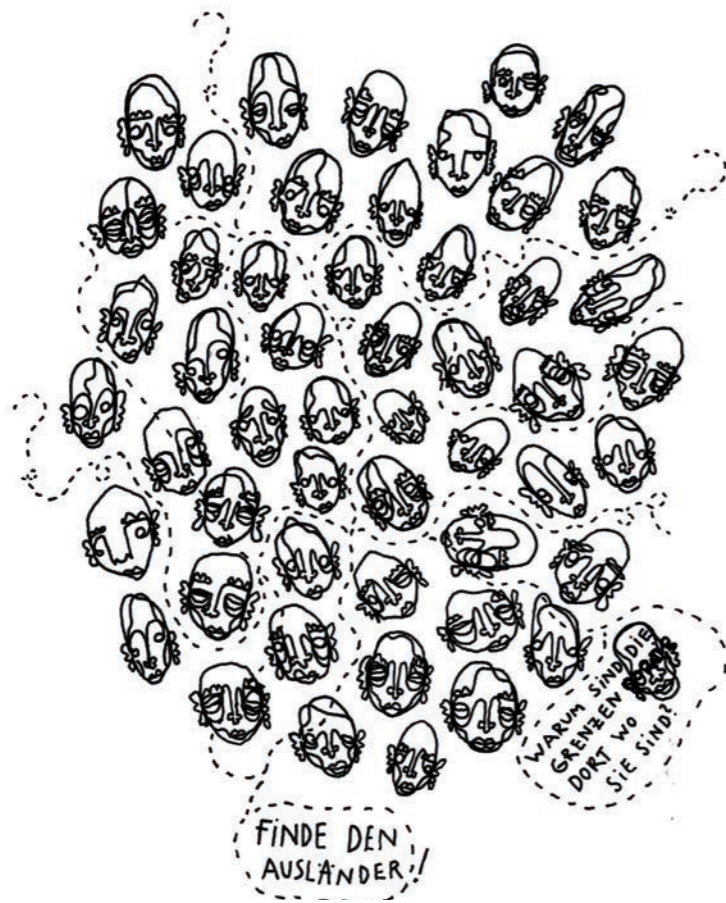
ben, muss es eine *Inстанz* geben, die über diesen Einzelinteressen steht und sie alle so *beschränkt*, dass sie sich zwar *wechselseitig be- und ausnutzen*, aber nicht zu Grunde richten können. Dafür braucht es ein Gewaltmonopol, welches den Konkurrenten Vorschriften machen und diese durchsetzen kann. Ein *Volk* braucht also *Herrschaft*! In der Demokratie nun legitimiert und wählt das «soveräne» (lat. über allem stehende) Volk eine Herrschaft *über sich* - ein Widerspruch mit Folgen!

### ...und Herrschaft

Denn eine *Wahl* ist nichts harmloses, wie das arbeitsteilige Delegieren von Aufträgen. Die Mehrheit der stimmenden Bürger\_innen beauftragt Leute mit *Herrschaft*. Sie wählt eine Regierung über sich (und alle anderen im Einflussbereich des Staates), deren Mandat (lat. aus der Hand geben) «nicht an Weisungen» gebunden ist. Was die Gewählten entscheiden gilt für alle und wird durchgesetzt. Das ist auch der Kern der Sache: Herrschaft braucht es nur dort, wo man Leute *zwingen* und ihre *Einzelinteressen beschränken* muss. Der grosse *Unterschied zur Diktatur* ist dabei, dass sich demokratisch gewählte Politiker\_innen beim Regieren auf die *Legitimation der Regierten* berufen können.

Nebenbei: Wählen ist eine sehr passive Sache. Für sich, individuell im stillen Kämmerlein, werden Namen aufgeschrieben oder vorgedruckte Listen eingepackt. Die Volksweisheit vom *Stimmvieh* ist dabei nicht unzutreffend: *Angebot und Zeitpunkt* der Wahl werden von der Herrschaft unterbreitet und die zugelassenen *Alternativen* sind vorgegeben. Für die Herrschaft ist das demokratische Verfahren *produktiv*: Wer wählt *bestätigt*, dass es Führung braucht und dabei die gesamte *politische Herrschaft* und ihren *Apparat* (vom Parlament zum Polizeidepartement), sowie die verfassungsgemässen/gesetzmässigen Aufgaben





dieser Stellen: Recht und Ordnung, Kapitalstandort, Steuern, Bankenrettung... Wer wählt hat kein grundsätzliche Argument gegen das Ganze, sondern will mit den Lebensumständen hier zurechtkommen und dafür Herrschaftspersonal seiner couleur! Der wählende Wille hat keinen anderen Inhalt. Wird ein Stimmzettel mit einem Kommentar versehen, ist die Stimme ungültig.

Demokrat\_innen demonstrieren mit dem Gang zur Urne zudem ihre Gleichgültigkeit gegenüber ihrem eignen Interesse: Wenn «die Anderen» gewinnen, muss man es akzeptieren, genauso wie wenn die Gewählten nicht das tun, was man sich vorgestellt hat.

### Ganz direkt

Die viel gelobte direkte Demokratie macht das Ganze nicht besser. An Volksabstimmungen müssen im realexistierenden Kapitalismus *Gegensätzliche Interessen* entscheiden, was gut für *alle* sein soll. Klar, dass da von allen Seiten ans «Gemeinwohl» appelliert wird. Weil in der kapitalistischen Konkurrenz der Nationen tatsächlich recht viel von Wirtschaftswachstum und dem Erfolg der «eigenen» Nation abhängt, wird dann (meist) im Interesse der Wirtschaft und des Landes abgestimmt.

Dass Interessen der Wirtschaft (lies Kapitalist\_innen) mit denen der normalen Bürger nicht zusammenfallen, mag auch den kleinen Leuten bei der Abstimmung um Mindestlohn und Ferienwochen aufgefallen sein. Für die Arbeitnehmenden ist «das Wirtschaftswachstum» zwar unverzichtbare Bedingung ihrer bürgerlichen Nutzenverfolgung, aber eben kein Mittel ihres Nutzens: Die Mehrheit ist gezwungen Lohnarbeit zu verrichten und die gibt es eben nur, wenn ein Unternehmen damit Gewinn machen kann. Der Erfolg der Wirtschaft misst sich nicht an der Höhe der Löhne, sondern im Gewinn der Kapitalist\_innen, bzw der erfolgreichen Ausbeutung der Proletarier\_innen. Das Interesse des Kapitals ist also nicht nur ein Privatinteresse neben anderen; von ihm hängen Interessen wie Einkommen, Arbeitsplätze, Steuern - und damit auch die Macht und Handlungsfreiheit des Staates ab, den der alte Marx «Ideeller Gesamtkapitalist» nannte.

In diesem Sinne: Wer über die «Sachzwänge» nicht reden will, wird sie mit einer demokratischen Verwaltung auch nicht zum Schweigen bringen.

➔ [www.buendnis-gegen-rechts.ch](http://www.buendnis-gegen-rechts.ch)

## WAS BEDEUTET «UN-SERE» HUMANITÄT?

«Unsere» westlichen Staaten brüsten sich damit, für die Menschen zu sein. Warum sollten sie auch gegen Menschen sein? Immerhin ist das ihr lebendes Material auf dem sie ihre Macht aufbauen und für den Reichtum einspannen. Und wer dafür nicht nützlich ist, der ist verloren. Das erfahren gerade die Flüchtlinge am eigenen Leib.

Einmal mehr spielt sich im Frühling dieses Jahres eine Tragödie im Mittelmeer ab. Mehrere tausend Menschen ertrinken beim Versuch mit Booten nach Europa zu gelangen. Seit dem Jahr 2000 haben schätzungsweise 23'000 Flüchtlinge auf diesem Weg ihr Leben gelassen. In den Medien und der Öffentlichkeit interessiert vor allem eine Frage: Wer ist Schuld an dem Massensterben? Die Schlepperbanden? Die europäische Abschottungspolitik? Oder die fehlenden Rettungsmassnahmen? Die Schuldfrage behauptet, jemand hätte gegen die Ordnung *verstossen*, und *eigentlich* müsste die Katastrophe nicht sein. Wir möchten uns jedoch mit den *Ursachen* der Tragödie befassen und wollen aufzeigen, dass sie nicht eine Abweichung, sondern *Bestandteil* der Weltordnung ist.

Selbstverständlich hat jeder Mensch, der sich entschliesst sein Heimatland zu verlassen, seine eigenen Gründe dafür. Dennoch kann man allgemein sagen, dass in den Herkunftsländern Zustände herrschen, die für diese Menschen keine Lebensgrundlage bieten. Sie flüchten in der Hoffnung auf ein besseres Leben in den westlichen Teilen der Welt. Meist sind es die machtpolitischen oder wirtschaftlichen Zustände, welche den Menschen keine Grundlage zum Leben bieten. Und das hat *System*:



GRENZEN SIND NARBEN DER ERDE

Kapitalistische Staaten wollen ständig ihren Geldreichtum vermehren. Er ist Grundlage ihrer Macht. Macht und Geldreichtum können naturgemäss für die Nationen nicht gross genug sein. Andere Nationen sind dementsprechend wirtschaftliche Konkurrenten; sie müssen politisch und militärisch kontrolliert werden. Standortkonkurrenz, Verdrängungswettbewerb und auch Kriege um die Vormachtstellung sind daher üblich. Wo immer möglich, wollen die Staaten ihr Geschäft weltweit erweitern, und gegen andere Nationen politisch absichern. Will sich eine politische Macht nicht einfach in die westlich dominierte Ordnung einordnen, wird sie auch mal bekriegt. Das zeigt z.B. der aktuelle Krieg um Syrien - mit den brutalen Folgen für die Menschen vor Ort.

Dringen die westlichen Unternehmen in fremde Ökonomien ein, gehen dabei lokale Produzenten meistens drauf. Und westliche Länder unternehmen umfangreiche Anstrengungen, um Bodenschätze fremder Länder für sich zu nutzen. Für die Menschen vor Ort heisst dies meist nichts Gutes: Sie werden ihrer Lebensgrundlage beraubt und falls sie für die Reichtumsvermehrung nicht (mehr) gebraucht werden, haben sie kein Einkommen. Die Menschen sind nur soweit wertvoll, wie sie taugen, aus Geld mehr Geld zu machen. So werden die Betroffenen gezwungen, in einem anderen Teil der Welt ihr Glück

zu suchen. Auch wenn die EU-Länder nicht wollen, dass Menschen Massenweise zu ihnen flüchten: Mit ihren machtpolitischen und wirtschaftlichen Anstrengungen erzeugen sie genau *das*. Und neben bei bemerkt: Diese Anstrengungen folgen der *selben Logik*, die hierzulande für Stress, Armut, Arbeitslosigkeit usw. sorgt, mit dem wir uns täglich rumzuschlagen haben.

Viele kritisieren, die Politiker\_innen der EU täten zu wenig für die Rettung der Flüchtlinge. Doch auch wenn sich die EU mit Massnahmen als *Retter* aufspielen (sollen), ist genau deren Politik *Verursacher* des ganzen Debakels. Sie tun nämlich sehr viel, aber eben für ihr weltweites Geschäft und ihre die globale Ordnung. Flüchtlinge sind daher vor allem «leider unvermeidliche» Opfer davon. Und mehr kann man von der «Humanität» auch nicht erwarten.

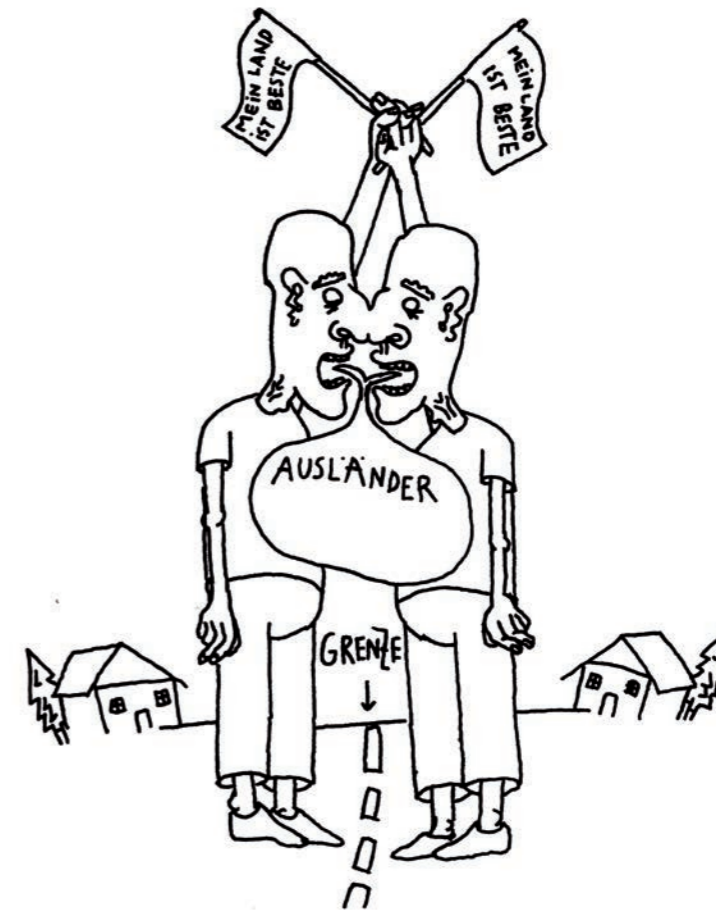
Jede konkrete Hilfe für Flüchtlinge ist dringend nötig und gäbe es Frontex nicht, gäbe es bestimmt auch nicht so viele Tote. Aber dies ändert nichts Grundsätzliches an den *Fluchtursachen*. Deswegen ist es wichtig, sich vor dem Handeln und Demonstrieren mit den Ursachen zu befassen. Blosser Appelle an die Regierungen helfen z.B. nichts, denn gerade diese sind die Akteure der Weltordnung.

Will man verhindern, dass weiterhin Menschen auf dem gefährlichen Weg nach Europa sterben, muss man den Kapitalismus und die Weltordnungen angreifen, die die meisten nicht grundsätzlich hinterfragen.

➔ [www.anti-ka.ch](http://www.anti-ka.ch)

## DIE SCHWEIZ UND IHRE GESCHICHTE[N]

Die Schweizer Nationalgeschichte belegt, auf wie viel Gewalt und Unterdrückung sich Nationen gründen. Weshalb es wichtig ist, sich das ganze mal anzusehen: Es wurden innere Machtkämpfe um die nationale Führung brutal geführt. Um ein Beispiel zu nennen: 1847 wurden mit dem Sonderbundskrieg die Machtkämpfe in der neuen Schweiz blutig ausgetragen. Es wurde versucht, fremdes Territorium und fremde Völker der eigenen Herrschaft zu unterwerfen. 1515 beendete die Schlacht bei Marignano das Expansionsstreben der Eidgenossenschaft. Nach grossen Verlusten, gezwungenem Rückzug und zusätzlicher innerer Spaltung durch die Reformation blieb der Eidgenossenschaft nicht viel übrig, als sich der Neutralität zuzuwenden. Sie war nicht mehr fähig, Aussenpolitik oder gar Kriege zu führen. Die Schweizer Souveränität und Neutralität lebt seit jeher von der Akzeptanz der Grossmächte. Sei es 1474 durch die «Ewige Richtung» einem Friedensvertrag



mit Habsburg, oder mit dem Beschluss des Wiener Kongresses 1814/15 die Eidgenossenschaft als ‚militärische Pufferzone‘ zu erhalten. Die Schweiz kooperierte und kooperiert immer noch mit Kriegsnationen für den eigenen nationalen und ökonomischen Vorteil. 1938 wurde Nazi-Deutschland durch die Schweiz aufgefordert den J-Stempel in die Pässe der «jüdischen Reichsangehörigen» zu drucken. In den 1990er Jahren flossen unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe Gelder nach Ruanda und unterstützte damit den Völkermord.

Aber das alles wird vom Schweizer Nationalbewusstsein verharmlost und verherrlicht. Es werden Mythen und Sagen gebildet, die die Nation und ihre Gründung in einem Bild erscheinen lassen, auf das man stolz sein kann. Sei es der Rütlichschwur, die Wilensnation oder das Alpenréduit: Die Geschichte wird verherrlicht, damit die Schweizer\*innen das nationale «Wir» zelebrieren und «unsere Gemeinschaft» vorbehaltlos feiern können. Geschichtsverleugnung

stört dabei gar nicht. Denn um Stolz auf seine Nation sein zu können, muss man nur glauben wollen, dass «wir» «zurecht» und «immer schon» zusammen gehören - vereint als Nation. Damit wird nicht nur von den historischen Brutalitäten abgesehen, sondern vor allem auch von den brutalen Gegebenheiten der heutigen Zeit: Ausbeutung, Konkurrenz, Ausgrenzung.

Das alles spricht nur gegen Nationalstaaten: ihre Entstehung und der weitere Bestand ist gewaltträchtig, ihre Mythen sind verlogen. Und der Nationalismus muss von den historischen wie den aktuellen brutalen Gegebenheiten absehen, um die Nation unbefangen gut zu finden. Was gibt es da noch zu feiern?

**Zu guter Letzt: Der aktuelle Streit um den Wahrheitsgehalt der Schweizer Mythen geht an all dem vorbei. Wir müssen nicht die Mythen hinterfragen, sondern die Nation an sich!**



# RASSISMUS IM HEIDILAND - EINE EINLADUNG, DIE SCHWEIZ NICHT ZU FEIERN

Am 1. August feiert die Schweiz sich selbst. Die Schweiz ist eine Willensnation und beruht mehr als andere Nationen auf konstruierten Normen, Werten und Legenden, denn sie verfügt über keine gemeinsame Sprache, Religion oder längere Geschichte. Diese Willensnation zu feiern ist für das reibungslose Funktionieren von Nationalismus und Rassismus daher sehr wichtig. Dieses Jahr gibt es für Patriot\_innen und Nationalist\_innen besonders viel zu feiern, denn in ihrer Welt gibt es 2015 viele Jahrestage zu jubilieren: 1315 fand die Schlacht von Morgarten statt. Sie wird als erfolgreiches Verteidigen von schweizer Blut und Boden hochstilisiert. 1515 kam es zur Schlacht bei Marignano. Die Geburtsstunde des Mythos der neutralen Schweiz. 1815 entstand der Bundesvertrag. Der gepriesene Gravitationspunkt für alle Fans des (Rechts-)Staates. 1945 endete der zweite Weltkrieg. Von rechts wird der für die Schweiz kriegsfreie Weltkrieg als Erfolg der Armee gewertet. Unterschlagen wird die Kollaboration mit den Nazis. Wer den 1. August mitfeiert, feiert auch Ausbeutung, Diskriminierung, Ausgrenzung und Brandmarkung von Migrant\_innen, denn nebst nationalistischer Geschichtsschreibung, Trachtenparties und Käse zählt der Rassismus zu den langjährigen Traditionen dieses Landes.

## Ausbeutung und Diskriminierung

Auch wenn die Schweiz nie Kolonien besass, bereichert sie sich seit der Kolonialzeit auf Kosten der Nicht-Schweizer\_innen. Schweizer Kapitalist\_innen besaßen Sklavenplantagen, handelten mit «Kolonialwaren», die auf Sklavenplantagen produziert wurden oder liessen solche Produkte in der Schweiz veredeln. Die hiesige Textilindustrie etablierte sich früh an der Spitze des entstehenden Kapitalismus, weil sie sich aktiv an der Sklaverei beteiligte. In der Schweiz spielte die Ausbeutung von Migrant\_innen ab Ende des 19. Jahrhunderts eine wirtschaft-

lich wichtige Rolle. Tausende Migrant\_innen ermöglichten damals den raschen Bau von Eisenbahnlinien oder Tunnels. Diese und andere Infrastrukturprojekte waren für den stark wachsenden Wirtschaftsstandort Schweiz von grosser Bedeutung.

Während des zweiten Weltkrieges hat die Schweiz dann mehr als das Nötigste getan, um vom Krieg verschont zu bleiben. Sie wies z.B. Verfolgte an der Grenze ab oder handelte Gold und Devisen für die Nazis. So verfügte die schweizer Industrie 1945 über eine intakte, gut entwickelte Fabrikenlandschaft. Und in den Banken stapelten sich nachrichtenlose Vermögen. Nur eines fehlte der Wirtschaft: Arbeitskräfte. Diese warb die Regierung ab den 1950er in Italien aktiv an. Italiener\_innen kamen und schufteten an den Fließbändern, auf den Baustellen, in der Gastronomie. In den 1970er Jahren folgten Spanier\_innen und Portugies\_innen, die der Armut in ihren Ländern entkommen wollten. Ab Mitte der 1980er wurde ihr Dasein am unteren Ende der Ausbeutungskette zunehmend durch Menschen aus dem globalen Süden ersetzt. Menschen, die sich den (post-)kolonialen Kriegen, Krisen, autoritären Regimes oder der zunehmenden Armut entzogen.

Bis heute gelingt es den schweizer Eliten, das Mass der Einwanderung von der wirtschaftlichen Verwertbarkeit der Migrant\_innen abhängig zu machen. Dieses Vorgehen, Migrant\_innen in erster Linie als Arbeitskräftereservoir zu betrachten, wird von den Wirtschaftsvertretenden offen und unverfroren zugegeben und stellt einen Konsens der offiziellen Politik dar. Auch wirtschaftlich nicht unmittelbar verwertete Migrant\_innen werden gezielt benutzt. Auf sie wird die Idee projiziert, die Schweiz habe eine humanitäre Tradition. Die Idee, die Schweiz sei ein Hort der Humanität, dient dazu den Nationalismus in etwas Positives zu verpacken: Ohne Schweiz keine Humanität, so in etwa die Logik des Nationalismus. Ein weiterer politischer Konsens: Die rechtliche Diskriminierung von Migrant\_innen. Diskriminie-

rung erleichtert Ausbeutung, denn die gesetzliche Schlechterstellung von migrantischen Arbeitskräften bewirkt, dass sie sich schlechter wehren können als Schweizer\_innen. Zudem: Wenn Lohnabhängige mit ungleichen Rechten um knappe Jobs buhlen müssen, nimmt die Konkurrenz zu. Der Druck, eine Stelle zu finden, intensiver zu schufteten und schlechtere Löhne anzunehmen, steigt damit für alle. Der Druck steigt allerdings besonders für Migrant\_innen, denn wer als Migrant\_in in der Schweiz den Job verliert, riskiert auf kurz oder lang auch das Bleiberecht.

## Stigmatisierung und Ausgrenzung

Das Brandmarken von Migrant\_innen, die Ablehnung ihrer Anwesenheit, das Herabsetzen ihrer Ansprüche oder die Empörung über ihre Gepflogenheiten lassen sich nicht ausschliesslich mit den Interessen der Kapitalist\_innen erklären. Auch Teile der Lohnabhängigen, staatstragende Parteien und Organisationen (inklusive linke) oder einfach braune Nazis setzen auf Rassismus und Nationalismus – und das bekanntlich nicht erst seit der Masseneinwanderungsinitiative. Das rassistische Wetter darüber, das es in der Schweiz zu viele Migrant\_innen gebe, begann bereits am Ende des 19. Jahrhunderts. Damals wandelte sich die Schweiz von einem Auswanderungs- zu einem Einwanderungsland. Das «Fremde» befand sich plötzlich nah, auf dem gleichen Arbeitsmarkt, im gleichen Betrieb, in der gleichen Nachbarschaft. Es war die Geburtsstunde des so genannten Überfremdungsdiskurses.

Während und nach dem Zweiten Weltkrieg nahm die Rede vom zu vollen Boot weiter zu. Bei den «einheimischen» Arbeiter\_innen und den Gewerkschaften löste die staatlich geförderte Arbeitsmigration von Saisoniers aus Italien Abwehrreaktionen aus. National-konservativen Kräften um den Rassisten James Schwarzenbach gelang es, das Thema für sich zu besetzen. In einer Überfremdungsinitiative schlugen sie vor, den Migrant\_innenanteil auf 10% zu begren-

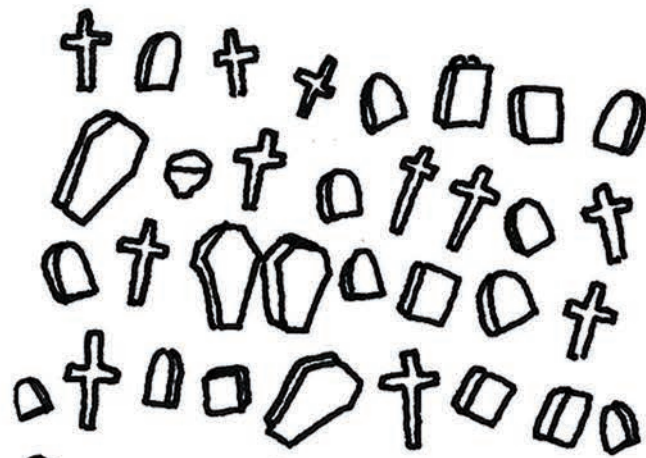
zen und Schweizer\_innen auf dem Arbeitsmarkt gesetzlich den Vorrang zu garantieren. Die knappe Ablehnung der Initiative machte die rassistische Setzung *Migration = Gefahr* auf allen politischen Ebenen salonfähig.

Migrant\_innen wurden nicht nur als Gefahr auf dem Arbeitsmarkt stigmatisiert. In den Augen zunehmend vieler charakterisierten sie eine Bedrohung für alles, was die Schweiz sozial und kulturell ausmache.

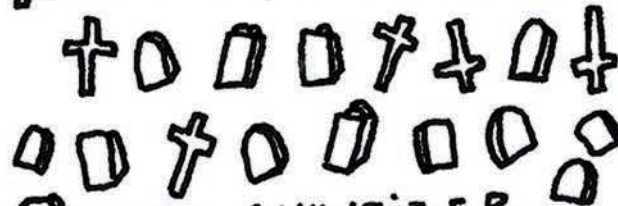
Die Stigmatisierung und Ausgrenzung der Migrant\_innen intensivierte sich mit der einsetzenden Globalisierung erneut. In diesem Kontext wurde das Asylregime zum beliebten Austragungsort rassistischer Hetzen. Insbesondere der Schweizerischen Volkspartei (SVP) gelang es, dass heute in öffentlichen Diskussionen quasi ein Zwang besteht, Migrant\_innen in irgend einer Art und Weise mit «illegaler Einwanderung», «unechtem Flüchtling», «Missbrauch» oder «Kriminalität» in Verbindung zu bringen. Nebst der Hetze gegen Geflüchtete taucht ab den 1990er Jahren der Vorwurf auf, nichteuropäische Migrant\_innen würden sich nicht integrieren. Die Vorwürfe reichen bis hin zur Idee, gewisse Kulturen seien mit der hiesigen unvereinbar. Besonders betroffen von Angriffen auf ihre Kultur und Religion sind: Muslim\_innen, denen eine schleichende Islamisierung der Schweiz vorgeworfen wird, Personen aus dem Balkan, die für die Kriminalität verantwortlich gemacht werden oder Nigerianer\_innen, die am Drogendeal Schuld seien.

Der 1. August ist der Feiertag der Rassist\_innen und Nationalist\_innen. Lasst uns ihre Party versauen und den Rassismus in der Schweiz und überall bekämpfen. Keine Grenzen, keine Nationen!

➔ **Bleiberecht-Kollektiv Bern**



HUNDERTTAUSENDE  
VERHUNGERT, ER-  
MORDET, VERUNGLÜCKT



KEIN SCHWEIZER  
DABEI. GLÜCK GE-  
HABT! HEUTE IST  
EIN GUTER TAG



IHR  
ARSCHLÖCHER!